

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 296

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Deumme monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 mit Porto. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 zuzügl. Postgeb. **Geschäftliche Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach: Leipzig 20612.

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 21. Juni

Anzeigenpreis: Ständige Inserate in Halle 20 Pfg. auswärts in Halle 20 Pfg. Restbeleg 1,25 Mk. Slogan nach Kant. Zeitungsstellen Halle-Saale. **Geschäftliche Berlin:** Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurieren Nr. 6290. **Elaine Berliner-Schriftleitung.** — Verlag und Druck von Otto Uhle, Halle-Saale

Noch keine Klärung

Die Meinungsverschiedenheiten in den Mehrheitsparteien haben die Umbildung des Kabinetts noch nicht zugelassen — Die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung wächst, da die alte Regierungsbildung wieder angestrebt wird — Sechs Vorschläge der Demokraten

Dem alten Kurs entgegen

Weimar hat uns wieder eine Enttäuschung bereitet. Nach dem Ministerium der letzten Nacht haben viele Kreise unseres Volkes angenommen, daß nun alles rettungs- und rettungslos der Unterchristen entgegenstehen würde. Ein neues „Unterchristen-Kabinett“ sollte noch gestern geschaffen werden, heute Nationalversammlung und am Sonntag abend mit Kurieren und Affen wieder nach Paris, um sich unter die Quirlmaschine zu legen. Doch scheint es nun wieder anders zu kommen, und das müßte gemachte deutsche Volk, das diesen ersten Schicksalsstunden mit einer ungläubigen Gleichgültigkeit zuseht, wird enttäuscht sein, daß bei dieser Revolutionregierung nichts alles glatt gehen will. Aus den verschiedenen Meinungen will man den Mittelweg finden, der der Entente einerseits den Willen zur Unterchristen beweist, andererseits aber nichts von der Ehre verliert. Die Demokraten, die zwischen zwei Weltanschauungen schwanken, kommen mit sechs neuen Punkten, die ebenfalls in Aussicht haben, eine Bedeutung zu erlangen, wie die vierzehn des bekannten Wilson. Die unmöglichsten Klänge zur Rettung des Vaterlandes stehen in der letzten Minute auf. Die Nervosität auf Weimar geht die seltsamsten Wünsche: der Ruf nach einer starken Hand wird laut, der von der Nationalversammlung diktorische Gewalt (hört, hört!) verliehen werden müßte, und anderes, Scharbock und Ziegenmelker! Wer soll jetzt noch darauf hereinfallen? So bemüht man sich, dem alten Zustand entgegenzutreten und das Kabinett wieder zusammenzubringen, das auf einer Ablehnung aus persönlichen Gründen bestand. Wenigstens jetzt, bis 11,45 Uhr nachts. Was nach der Feierstunden in Weimar geschieht, wird vielleicht wieder Überredungen bringen, denn dort herrscht ein „überhöfliches Kommen und Gehen“ und ständiges Beraten wird gepflogen.

Bis zum Schluß der Redaktion meldet unter Sonderbezeichnung folgendes:

Weimar, 20. Juni.

Die Nachricht von der Berufung Hermann Müllers zur Kabinettsbildung ist falsch, zum mindesten aber verfrüht. Ausschließen auf das Ankommen eines neuen Kabinetts sind bis jetzt noch nicht vorhanden. In der Nationalversammlung gibt es keine feste Mehrheit, auf die sich ein Kabinett stützen könnte. Die Mehrheitsverhältnisse wechseln, wie sich aus den Beratungen der Fraktionen und aus den interfraktionellen Beratungen erkennen läßt, von Stunde zu Stunde. Fast alle Parteien sind von verschiedenen Meinungen durchsetzt. Keine vertritt eine vollständig geschlossene, bestimmte Auffassung. Diese ungelähmte Lage hat in der Zwischenzeit den Müllers des Kabinetts veranlaßt. Heber das Zustandekommen der Unterchristen wird nicht verteidigt, sondern entsprechend der persönlichen Auffassung abgelehnt.

Drei Meinungen sind in dem bisherigen Kabinett sowie auch in der Nationalversammlung vorhanden. Die eine verhält sich grundsätzlich ablehnend, die andere grundsätzlich zustimmend und die dritte will den Vertrag mit einigen Modifikationen annehmen.

Cbert hat sich bemüht, innerhalb der Nationalversammlung aus einer der Gruppen, die hinter diesen Auffassungen stehen, eine Mehrheit zu bilden, auf die sich eine Regierung stützen könnte. Dies ist aber bis jetzt nicht gelungen. Nichts tritt in Abensdandentreiben der Wunsch nach einer starken Hand hervor, die einen Ausweg aus der Niederlage der Fraktionsberatungen und Verschleiss wisse, und es wird in Erwägung gezogen, daß den einzigen Ausweg eine Regierung bilden könnte, die von der Nationalversammlung mit diktorischer Vollmacht beauftragt wird. Von einer rein sozialistischen Regierung ist nicht die Rede, da eine solche Regierung bei den ungelieblichen Verhältnissen keine Mehrheit hinter sich haben würde. Die Neubildung der Regierung hätte schnell erfolgen müssen, wenn die Kritik der Entente laut am Sonntag abend 7 Uhr ab.

Entgegen anderslautenden Meldungen ist von deutscher Seite ein Gehör am Freitagverlängerung an

Deutsche Ablehnung

Ein Aufruf der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei (Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Weimar, 20. Juni.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Volks- und der Deutschen Volkspartei haben folgende Erklärung erlassen:

In der Stunde der höchsten Nationalgefahr haben die außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Fraktionen, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, beschlossen, nachstehendes gemeinsam zu bekunden:

Alle Folgen der Ablehnung des jetzt vorliegenden Friedensvertrages haben wir uns mit aller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einmütigen Überzeugung, daß sie trotz ihrer Schwere unergleichlich geringer einschüßlich sind als die dauernde Besetzung Deutschlands, der wir sonst anheim fallen. Die Annahme des Friedensvertrages bedeutet eine nationale Schmach! Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde der Welt. Wir stehen vor der Wahl, die ungeschorene Lüge von Deutschlands Schuld durch unsere Unterschrift zu bekräftigen und vor der deutschen Ehre zu bewahren, die besonders durch die Forderung in den Staub gezogen wird, den deutschen Kaiser und andere deutschen Männer vor einen nicht deutschen Gerichtshof zu stellen. Am unsere toten Väter und um der Zukunft unserer deutschen Jugend willen, sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum äußersten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir diesen Friedensentwurf ab. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, ges. Graf v. Helldorf.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, ges. Dr. Feinze.

die Entente bisher noch nicht abgegangenen. Wenn nicht in den nächsten Stunden die Bildung einer neuen Regierung gelangt und von uns die Frist nicht eingehalten werden kann, so muß damit gerechnet werden, daß sich am nächsten Montag unser Volk in einem großen chaotischen Zustand befindet. Die Lage ist unerträglich ernst und kommt in dieser Feststellung am besten zum Ausdruck. Eine Reihe von Möglichkeiten, die als äußerste Rettung galten, müßten auscheiden. So: eine Diktatur oder ein Kabinett, in dem die Rechte dominieren würde. Ein Kabinett, das nur aus Zentrum und Mehrheitssozialisten bestünde, hätte eine so schwere Mehrheit in der Nationalversammlung, daß es für die Entscheidung in dieser Lebensfrage unseres Volkes nicht tragfähig genug wäre. Eine rein sozialistische Regierung kommt nicht in Frage, einmal, weil die Sozialdemokraten allein keine Mehrheit haben, und auch, weil die Partei es grundsätzlich ablehnt hat, die Regierung zu übernehmen. Die Stimmung des bisherigen Kabinetts acht dahin, wieder eine Regierung zu berufen, die sich aus den bisherigen Mehrheitsparteien zusammensetzt. Große Schwierigkeiten ergeben sich da in der demokratischen Fraktion, die dort noch die Mehrheit gegen die Unterchristen ist. Die Zahl der Anhänger wächst aber in dieser Fraktion von Stunde zu Stunde. Die Stimmverhältnisse in der Partei sind noch nicht geklärt. Ohne eine solche Regelung kann keine Politik an der Kabinettsbildung herangehen. Die Bemühungen, die drei Regierungsparteien zusammenzuführen, werden fortgesetzt.

Die interfraktionellen Beratungen im Schlußenden am letzten Nachmittag mit folgenden Vorschlägen der Demokraten: Die Unterchristen sollen danach von folgenden sechs Voraussetzungen abhängig gemacht werden:
1. Danzig, Westpreußen und der Regensburger werden dem Völkerbund unterstellt.

2. Eine allgemeine Revision des Friedensvertrages nach zwei Jahren wird gefordert.
3. Falls die Festsetzung der Höhe der Entschädigungssumme innerhalb der angegebenen vier Monate nicht erfolgt, soll ein dritter, unparteiischer Staat die Höhe dieser Entschädigung festlegen.
4. Vom 1. Januar 1920 ab ist Deutschland Mitglied des Völkerbundes.
5. Das deutsche Schuldbekenntnis am Arianer lehnen wir ab.
6. Die Auslieferung von Reichsangehörigen lehnen wir ab, da wir die Schulden vor einen eigenen Staatsgerichtshof stellen werden.

Es soll bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärt werden, daß diese Unterchristen unter Zwang geschieht. In einer Note, die an die Entente abgehen soll, soll mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck kommen, daß ohne diese Voraussetzungen die parlamentarische Mehrheit in Deutschland für die Unterzeichnung des Vertrages nicht zu haben ist. Wie verhalten sich diese Note auch abzugeben und von ihrer Veröffentlichung hängt die Weiterentwicklung ab.

Man gibt sich in parlamentarischen Kreisen nicht der Hoffnung hin, daß die Entente-Antwort diese Erwartungen erfüllen wird, doch hält man den damit gemachten Versuch für eine Brücke, um eine Wiederherstellung der alten Koalition anzubahnen. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung der Nationalversammlung ist noch völlig ungewiß. Er wird erst festgestellt werden, wenn die Regierungsbildung gelungen ist. Im Schluß auf Weimar ist ein reges Kommen und Gehen. Eine Konferenz, sagt die andere. Die Abgeordneten aller Parteien sind dauernd verammelt, um über den Wechsel der Meinungen stets am dem Kaufenden zu sein.

Dor und nach der Krise

Weimar, 20. Juni.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, erfolgte der Witz des Kabinetts in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, der zusammen mit dem Kabinett bis in die frühen Morgenstunden tagte. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, die Mehrheitsparteien auf eine für alle annehmbare Formel zu vereinigen. Unmittelbar nach der Sitzung fanden unverbündliche Besprechungen über die neue Kabinettsbildung statt. Wie berichtet, wurden schon in diesen Besprechungen, an denen der Reichspräsident teilnahm, die Lage dahin geklärt, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu rechnen ist. Im Anschluß an die unverbündlichen Besprechungen, die schon in der Nacht zwischen den Parteiführern gepflogen wurden, ist der Sozialist Hermann Müller damit beschäftigt, ein Kabinett aufbauen zu bringen. Es wird davon gesprochen, daß der Reichspräsident Müller im Falle Scheitern wird. Von anderer Seite wird der liberale Reichspräsident Dr. Däubel als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten genannt.

Weimar, 20. Juni.

In parlamentarischen Kreisen wird erzählt: Heber die Neubildung des Kabinetts läßt sich zur Stunde noch nichts Bestimmtes sagen. Als neuer Ministerpräsident wird der Mehrheitssozialist Hermann Müller mit der Reichspräsident als Minister des Innern genannt. Es wird davon geredet, daß Müller mit Wiffel, Däubel und Cberberger in das zu bildende Kabinett eintreten wird. Bis feststehend mit der Müllers des Kabinetts, der demokratischen Minister mit Graf Brockhoff, ferner Cberberger und Cberberger. Bestimmt wird damit geredet, daß der Müllers des Kabinetts die Annahme der Friedensbedingungen zur Folge haben wird.

Weimar, 20. Juni.

In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß das Kabinett, wie schon gestern gemeldet, in der entscheidenden interfraktionellen Sitzung eine formulierte Erklärung verlangt, daß die Regierungsparteien sich einigen sollten auf den Zusammensetzung des Zentrums, und weiter, daß die Annahme der Forderungen des Zentrums durch die Minister zur Ablehnung führen sollte. Die Demokraten hätten diese Erklärung nicht abgeben, weil sie grundsätzlich nicht damit einverstanden seien. Die Sozialdemokraten hätten die Forderung der Regierung auf Annahme der Zentrumsvoraussetzungen abgelehnt. Die Abstimmung ergab eine deutliche Mehrheit für die Annahme der Friedensbedingungen der Entente. Daraufhin sollte das Kabinett von der Müllers des Kabinetts.

